

Fortsetzung von Seite 14

und politischen Kontexten Facetten von Männerherrschaft.

Wir alle sind das Patriarchat

Die Eingangsfrage, wer denn das Patriarchat sei, beantwortete Mieke Verloo provozierend mit „wir alle“, da alle an der Produktion und Reproduktion des Systems der Ungleichheit zwischen Männern und Frauen beteiligt seien. Im Themenblock „Verdienen und Bezahlen: zur Ökonomie des Patriarchats“ argumentierte Erna Appelt mit einer ähnlichen Intention, dass es die Stärke des (post-)modernen Patriarchats sei, Ungleichheitsstrukturen in die Selbstregulation der Individuen zu verlagern und sie so zu einer Selbstverständlichkeit zu machen. Silvia Kontos hob eine gleichsam „vergessene“ Dimension patriarchaler Strukturen hervor, nämlich die soziale Organisation von Generativität. Vermehrt entbrennen in jüngster Zeit wieder Geschlechterkämpfe im „Streit um die Ressource Kind“. Waltraud Ernst rekonstruierte im Anschluss daran Cornelia Klingers feministischen Naturbegriff als eine emanzipatorische Perspektive zur Überwindung männlicher Herrschaft. Dies wurde kontrastiert durch Mona Singers Ausführungen über Post- und Transhumanismus. Im Tagungsblock „Schreiben und Streiten“ stellte Dagmar Fink emanzipative Geschlechterutopien in queer-feministischen Science Fiction Romanen vor. Karina Kellermanns Interpretation des „Tristan“ wies Spuren subversiver Herrschaft im Werk nach. Urte Helduser analysierte die Dresdener Rede der Schriftstellerin Sibylle Lewitscharoff als eine aktuelle Form des Anti-Feminismus oder gar Neubegründung eines patriarchalen Diskurses. Die nächsten Inputs beschäftigten sich mit dem Konflikt zwischen „Widerständigkeit und Involviertsein“ von Frauen. In kulturhistorischer Perspektive diskutierte Ingvild Birkhan die Zusammenhänge von Geben, Sorgen und Frauen. Margit Leuthold zeichnete die bedeutsame Rolle von Frauen in der Reformation nach – nicht allein für die Kirche, sondern für die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt. Irene Nierhaus führte in Orte des modernen Wohnens des beginnenden 20. Jahrhunderts und die bebaute Geschlechterdifferenz, aber auch deren Unordnung ein, während Friederike Hassauer die Grenzen des „guten Patriarchen“ in Schriften der spanischen Aufklärung des 18. Jahrhunderts aufzeigte.

Das Unterfangen des Workshops erwies sich als enorm produktiv. Die Diskussion zeigte allerdings, wie hartnäckig patriarchale Strukturen in allem Wandel fortbestehen, wie verstrickt Frauen in sie sind, aber auch, dass es Handlungschancen und Befreiungsmöglichkeiten aus diesen Herrschaftsformen gibt.

Und was machen feministische Wissenschaftlerinnen, um sich von den Mühen der Patriarchatsanalyse zu erholen? Sie schauen sich Machos an – ein wilder Zusammenschchnitt aus Mafiafilmszenen dargeboten von Ruth Sonderegger und Andrea Roedig. ◀

Der Preis neoliberaler Modernisierung

VON ERNA APPELT

Sorgearbeit ist ein hochpolitisches Thema. Wie Erna Appelt am Beispiel des österreichischen Care-Regimes zeigt, haben die Reformen der letzten Jahrzehnte zwar zu einer gewissen Anerkennung von Pflegeleistungen geführt, gleichzeitig haben neoliberale Modernisierungsmaßnahmen bestehende Hierarchien verfestigt und neue Ungleichheiten geschaffen.



Der Dokumentarfilm „Hilfe aus dem Osten“ von Béla Batthyány (2013) thematisiert den Alltag von drei Frauen, die ihre Familien in Polen bzw. Ungarn zurücklassen, um in der Schweiz als 24-Stunden-Pflegerinnen zu arbeiten.

Photo: Schweizer Radio und Fernsehen (SRF)

In einem Artikel der Neuen Züricher Zeitung vom 9. November 2013 wird Österreich als „Meister der Transferzahlungen“ bezeichnet. Tatsächlich lag der Anstieg der Sozialausgaben in Österreich in den letzten zweieinhalb Jahrzehnten über jenem des Bruttoinlandsprodukts. Wie ist das zu erklären? Ist Österreich ein Abweichler vom neoliberalen Pfad der Modernisierung?

Zwei Fragen beschäftigen mich in diesem Zusammenhang: Der österreichische Wohlfahrtsstaat wird in der Literatur durchwegs zu den konservativen Welfare-Regimen gezählt. Ist diese Klassifikation nach wie vor zutreffend? Können wir von einer – wie auch immer gearteten – Modernisierung des österreichischen Welfare-Regimes sprechen? Im Zentrum der neoliberalen Offensive steht die „Befreiung des Markts“ von jeglichen staatlich auferlegten Fesseln. Als unumstößliches Dogma gilt der Ab- und Rückbau des Staates. Aus Wohlfahrtsstaaten sollen Wettbewerbsstaaten werden, deren primäre Aufgabe es ist, die Standortqualität der jeweiligen Staaten zu sichern bzw. womöglich zu verbessern. Meine zweite Frage lautet daher, in welcher Weise diese Programmatik in Österreich realisiert wurde?

Neoliberale Modernisierung als Programm im Sinne der Chicagoer Schule (Milton Friedman u.a.) idealisiert Marktfreiheit als Zunahme

von Wahlmöglichkeiten. Staatliche Regulierung – gleichgesetzt mit Herrschaft und Zwang – führe zu einer falschen Verteilung der Ressourcen (Fehlallokation). Ungleichheit ist explizit erwünscht, da diese die Effizienz erhöhe, während jede egalisierende Politik eine Behinderung des Wettbewerbs bedeute. Die Programmatik des Wettbewerbsstaates zielt daher auf eine Zuspitzung ungleicher Macht- und Besitzverhältnisse ab.

Entspricht der Umbau des österreichischen Sozialstaates bzw. des österreichischen Care-Regimes diesen Modernisierungsvorstellungen? Der Begriff *Care* wird hier als Sammelbegriff für die Betreuung, Versorgung, Pflege und Begleitung von Menschen verstanden, die nicht, noch nicht bzw. nicht mehr für sich selbst sorgen können. Der Begriff könnte und müsste wohl auch wesentlich weiter gefasst werden. Im Fokus der Überlegungen stehen hier jedoch jene Leistungen, ohne die eine Gesellschaft nicht als menschenwürdig (im Sinn der Einhaltung der Menschenrechte) angesehen werden kann.

Familialisierung, Institutionalisierung und Kommodifizierung

In Österreich wenden Frauen im Durchschnitt zwei Drittel ihrer Gesamtarbeitszeit für Famili-

earbeit auf. Auch bei gleichermaßen erwerbstätigen Paaren führen mehrheitlich Frauen den Haushalt. Berufstätige Mütter, die mit ihrem Partner zusammenleben, haben laut Statistik Austria eine Gesamtarbeitsbelastung von 71,8 Stunden pro Woche.

Das hohe Ausmaß der privaten Haus- und Betreuungsarbeit wird in Österreich nicht zuletzt durch Transferzahlungen und in letzter Zeit auch durch den Ausbau sozialer Rechte für Angehörige sichergestellt. Zu den wichtigsten Transferleistungen im Care-Bereich zählen das Pflegegeld und das Kinderbetreuungsgeld. Die Einführung eines aus Steuermitteln finanzierten, nicht an Erwerbstätigkeit und Versicherungszahlungen gebundenen Pflegegeldes im Jahr 1993 stellte einen markanten Bruch mit dem österreichischen Sozialsystem dar. Abgelöst wurde ein Modell, in dem die Betroffenen bzw. ihre Familien für die mit einer Pflegebedürftigkeit verbundene finanzielle Belastung aufzukommen hatten. Die Auszahlung des Pflegegeldes erfolgt heute an die pflegebedürftigen Personen. Obwohl die pflegenden Angehörigen aus dieser Transferleistung keine Ansprüche ableiten können, ist an das Pflegegeld dennoch die Erwartung geknüpft, dass Angehörige die Betreuung und Pflege so lange wie möglich zu Hause übernehmen.

Auch die Einführung des Kinderbetreuungsgeldes (KBG) 2002 stellte einen Systembruch dar. Die Entkoppelung des KBG von der Erwerbstätigkeit der betroffenen Frauen zielte explizit auf eine Aufwertung des Ernährer-/Hausfrauenmodells ab und verstärkte die Abhängigkeit von Müttern (als Hausfrauen bzw. als Teilzeit- oder prekär Beschäftigte) von ihren Partnern. Das 2010 in Kraft getretene novellierte Kinderbetreuungsgeldgesetz (KBGG) bietet jedoch Eltern vier pauschale Bezugsvarianten des Kinderbetreuungsgeldes (KBG) an. Der Anteil der Väter liegt bei ca. 5%.

Ausbau sozialer Rechte

In der österreichischen Diskussion hat das Konzept der „sozialen Staatsbürgerrechte“ traditionell keine Rolle gespielt. Das System der sozialen Sicherung beruhte auf erwerbsabhängigen sozialen Rechten einerseits, auf Fürsorge andererseits. Erst seit den letzten Jahren gibt es gegenläufige Tendenzen. Das hat gute Gründe: Seit der Pensionsreform 2003 ist die lebenslange Durchrechnung der Erwerbszeiten eine der Grundlagen für die Höhe des Pensionsbezugs. Da eine optimale Pensionsabsicherung nur über 40 Jahre Vollzeiterwerbstätigkeit erreicht werden kann, ist die Anerkennung von Care-Zeiten im Rahmen der Pensionsversiche-

zung essenziell, um Altersarmut zu verhindern.

Zu den schrittweise eingeführten sozialen Rechten zählen die kostenlose Weiterversicherung für Pflegenden, die (kurzfristige) Freistellung für Pflegetätigkeiten bei Weiterbezug des Entgeltes, die Familienhospizkarenz als Rechtsanspruch auf Herabsetzung, Änderung oder Freistellung von der Normalarbeitszeit für ArbeitnehmerInnen zur Begleitung sterbender Angehöriger ohne sozialstaatliche Transferleistungen sowie die 2014 eingeführte Pflegekarenz mit einkommensbezogenem Karenzgeld.

Kinderbetreuungsgeld, Pflegegeld und der Ausbau sozialer Rechte für pflegende Angehörige stellen eine gewisse Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung von Betreuungsarbeiten dar. Nicht existenzsichernde Transferzahlungen verstärken jedoch die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung. Das gilt letztlich auch für den Ausbau von sozialen Rechten als Voraussetzung dafür, dass die Sorgetätigkeit innerhalb der Familie weiterhin zum allergrößten Teil von Frauen übernommen wird.

Die institutionelle Kinderbetreuung wurde in Österreich in den letzten Jahren vor allem durch das 2009 eingeführte Gratskindergartenjahr, das an eine Pflicht zum halbtägigen Kindergartenbesuch im letzten Jahr vor dem Schuleintritt gekoppelt ist, ausgebaut. Zudem wurde in den letzten Jahren die institutionelle Betreuung im Krippenbereich systematisch erweitert.

Die Langzeitpflege von alten und pflegebedürftigen Menschen wurde laut Sozialministerium im Jahr 2011 zu 53% von Angehörigen, zu 29% von mobilen Diensten – meist in Kombination mit Angehörigen –, zu 16% stationär und zu 20% als 24-Stunden-Betreuung geleistet. Trotz der Verpflichtung der Bundesländer, die Infrastruktur für Langzeitpflege bedarfsgerecht auszubauen, herrscht nach wie vor ein Mangel an Heimplätzen. Die Betreuungszeiten der mobilen Dienste sind meist kurz bzw. nur auf körperliche Bedürfnisse ausgerichtet. In der Nacht gibt es zu wenig Angebote für die Pflege. Auch die Kurzzeitpflege in Heimen ist schwach ausgebaut, innovative Wohnformen für alte bzw. pflegebedürftige Menschen selten.

Das Pflegegeld deckt bis zu einem gewissen Grad den Bedarf an Pflegemitteln ab, ermöglicht jedoch nicht, Pflege- und Betreuungsleistungen zu Marktpreisen zuzukaufen. Damit bleibt die Zuständigkeit in erster Linie bei den Angehörigen oder sie wird an MigrantInnen delegiert. Die (fast ausschließlich von MigrantInnen geleistete) 24-Stunden-Betreuung wurde 2007 als selbstständige wie auch als unselbständige Tätigkeit durch gesetzliche Rahmenbedingungen legalisiert. Beide Modelle werden staatlich gefördert. Bei der Legalisierung der gängigen Praxis lag das Hauptaugenmerk jedoch nicht auf der angemessenen Bezahlung und dem arbeits- und sozialrechtlichen Schutz der Pflegepersonen. Hingegen erfuhren die NutznießerInnen der vorher illegalen Praxis durch weitreichende Am-

nestien eine großzügige Behandlung.

Wie sich herausgestellt hat, wird nahezu ausschließlich (98–99%) das Selbstständigen-Modell gewählt. Der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) hat errechnet, dass Pflegerinnen aus Osteuropa Österreich damit eine Milliarde Euro ersparen. Der Vorschlag des ÖGB, diese Form der Scheinselbstständigkeit zu verbieten und auf ein Unselbständigen-Modell (Anstellung bei Wohlfahrtsverbänden) mit adäquaten Löhnen umzustellen, stieß bei Sozialministerium, Wirtschaftskammer, aber auch bei Caritas und Sozialem Hilfswerk unter Verweis auf die damit verbundene Kostensteigerung auf einhellige Ablehnung (Wiener Zeitung, 5. April 2013).

Das österreichische Care-Regime wurde in den letzten Jahrzehnten mehrfach reformiert. Die simple Klassifizierung Österreichs als Wohlfahrtsstaat Bismarck'schen Zuschnitts übersieht, dass durch die vorgenommenen Reformen zahlreiche Elemente des sozialdemokratischen wie auch des liberalen Modells übernommen wurden. Dabei werden Geschlechter-, Klassen- und Migrationshierarchien genutzt und verfestigt. Gleichzeitig hat die neoliberale Modernisierung jedoch nicht zu jenem sozialpolitischen Kahlschlag geführt, der von so manchen linken und feministischen KritikerInnen heraufbeschworen wurde.

Neoliberale Modernisierung bedeutet nicht einfach Rückbau des (Sozial-)Staates. Ein genauere Blick auf das österreichische Beispiel belegt die Janusköpfigkeit von Staat, Politik und Markt: Der Staat ist beides, verselbständigte bürokratische Herrschaft und Garant für Daseinsfürsorge. Daseinsfürsorge ist ein hoch umkämpftes politisches Terrain. Dies zeigt sich im Kampf um Legitimität und v.a. auch um Wählerstimmen. Im Dienste der Standorticherung nimmt die Daseinsfürsorge eine Schlüsselstellung ein, da stagnierende bzw. niedrige Löhne kompensiert werden müssen. Der Markt schließlich ist nicht nur effizienter Bereitsteller von Gütern und Dienstleistungen; in seiner neoliberal entfesselten Variante ermöglicht er einen geradezu obszönen Vermögenstransfer, von dem das oberste Prozent bzw. Promille der Bevölkerung profitiert. Den Preis dafür zahlen die unter(st)en Einkommenschichten und hier wiederum mehrheitlich Frauen und MigrantInnen, deren Bedürfnisse nach einem selbstbestimmten Leben verletzt werden. <

Erna Appelt ist Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Innsbruck, wo sie die interdiskursive Plattform „Geschlechterforschung: Identitäten – Transformationen – Diskurse“ leitet. Von Oktober 2013 bis Januar 2014 war sie Visiting Fellow am IWM. Dieser Beitrag beruht auf einem Seminar, das Erna Appelt am 20. November am IWM gehalten hat.

Szilárd Borbély 1963–2014

BY JÁNOS MÁTYÁS KOVÁCS

Szilárd Borbély, noted contemporary poet, writer and literary historian, died on February 19, 2014. From September to December 2013 he had been a Paul Celan Visiting Fellow at the IWM, translating Klaus-Michael Bogdal's Europa erfindet die Zigeuner. Eine Geschichte von Faszination und Verachtung into Hungarian. Filled with deep sorrow at the loss of such a remarkable but unassuming man, we would like to commemorate him and his literary oeuvre with an obituary by János Mátyás Kovács and two of his texts which permit us to glimpse both his exceptional talent and the two souls within his chest.

On February 16, I received an email from Szilárd, in which he wrote the following: "(...) We are commuting between Vienna and Debrecen, (...), next week I will be in Debrecen, then back and forth again. (...) Slowly, we are awaiting spring and sunshine." On February 19, he committed suicide.

I had not known him in person before he came to the IWM. I had only read his most recent novel, *Nincstelnek* (*The Dispossessed*, see excerpt p. 17) published last year, a sad and unsettling work which brought enormous success to its author. When he left the Institute in December, he complained about depression impeding his work on the translation.

After his death, the obituaries were full of references to his illness. About a year ago, he also talked about it in an interview:

"The schism between the individual and the environment leads to depression which can be healed if we reconstruct our personality

on a different level and find a new relation to the outside world. I had to do this more than once. It is an extremely difficult process, but it is one of the best ways to handle such a conflict. My reaction was childhood depression and—even though this might sound paradoxical—it helped me. Back then no one realized it, of course, the adults around me were

happy that the child was quiet. It is due to suppression and expression that I learned to deal with the whole situation and to survive it. In short, depression helped me. But these processes can never be finally concluded."

I think I also belong to these insensible adults. When he stopped at the doorstep of my office (without ever entering it), I saw an extremely modest, polite and smart man who was perhaps a little sad but whose style was not devoid of irony. I would like to remember him this way with the help of an excerpt from a short essay entitled *Lob der Quitte: Ein Ungarnbild* (p. 17) he wrote in 2005. <

Szilárd Borbély was born in Fehérgyarmat, Hungary in 1964. After finishing his military service he studied Hungarian language and literature in Debrecen. He worked in a wide variety of genres, including essay, drama, and short fiction. His first collection of poetry, *Adatok*, was published while he was still a student. Borbély has been working as a teaching assistant and lecturer at the faculty of old Hungarian literature since 1989. He received his doctoral degree in literary studies in 1998 and worked as a translator from German and English. Among other distinctions, he has been awarded some of the most important Hungarian literary prizes, including the Tibor Déry Prize (1996), the József Attila Prize (2002) and the Palladium Prize (2005).

János Mátyás Kovács is IWM Permanent Fellow and External Research Fellow at the Institute of Economics at the Hungarian Academy of Sciences, Budapest.

derStandard.at

STA

„DER STANDARD lässt mich verzweifeln. Aber deshalb abonniere ich ihn ja.“

Gertraud Klemm, Autorin und Abonnentin seit 2000

Er lässt Meinungen zu. Er lässt Gegenmeinungen zu. Ja, er ist vielleicht die einzige Zeitung, die ihren Leserinnen und Lesern auch mal widerspricht. Wie sich DER STANDARD so etwas erlauben kann? Dank jener Menschen, die ihn aus genau diesem Grund abonnieren.

derStandard.at/Abo, aboservice@derStandard.at oder 0810/20 30 40

DER STANDARD

Die Zeitung für Leserinnen